

Bundeskanzler Schröder hat die Reißleine gezogen. Mit einem Führungswechsel will er sich Luft verschaffen im Abwärtstrend der Partei. Was halten Sie von diesem Schritt? Schreiben Sie uns:

OZ, Redaktion

Leserbriefe,

Richard-Wagner-Str. 1a, 18055 Rostock.

Oder: redaktion-leser-briefe@ostsee

Antwort auf eine Frage der Ostseezeitung:

Kommt die SPD mit Müntefering aus der Krise?

Schröders Verzicht auf den Parteivorsitz hat meinen Respekt. Vielleicht zeigt er ja auch, dass der Überlebenswille der Partei stärker als der Machtwille einzelner Personen. Nicht jeder in der Partei hat das zu hoffen gewagt. Auch für die Opposition kam der Schritt überraschend – und höchst ungelegen. Konnte sie in komfortabler Lage die Regierung vor sich hertreiben und genüsslich zusehen, wie sich deren Handeln immer weiter vom noch 1998 in Leipzig bestätigten Grundsatzprogramm entfernte, wissend, dass das auf Dauer für eine Programmpartei nur tödlich sein kann.

Die Ämtertrennung ist nun eine Chance für die Partei, die Degenerierung in einen Kanzlerwahlverein zu stoppen, ihre theoretische Abstinenz aufzugeben und ihren Kurs zu korrigieren.

Denn dass die Partei von Mitgliedern und Wählern verlassen wird, ist kein Vermittlungsproblem. Die Leute wollen zu Recht nicht für dumm verkauft werden und nicht als sozial gerecht beklatschen, was in Wirklichkeit dessen Gegenteil ist. Und das ist gut so, denn noch immer gehören soziales Empfinden und das Gefühl für Gerechtigkeit zur Grundausstattung menschlichen Wesens. Da helfen auch keine Begriffsakrobatik und Spekulationen darüber, ob soziale Gerechtigkeit noch „in“ sei. Die Führung der SPD wird begreifen müssen, dass die Krise, keine Kommunikations- sondern eine Identitätskrise ist.

In der Konsequenz heißt das aber, dass es mit einem Wechsel der Personen nicht getan ist.

Die anstehenden Reformen sozial gerecht zu gestalten wäre die Aufgabe. Das Problem, das daraus dann entstünde wäre für Sozialdemokraten ehrenhaft: nämlich denen, die viel haben und noch mehr haben wollen zu vermitteln, dass ohne soziale Gerechtigkeit eine demokratische europäische Gesellschaft, die es mit ihren humanistischen Werten und Traditionen Ernst meint, nicht zu haben ist.

Sich hierauf zu besinnen, bevor der Nichtwähler sie abgewählt hat, ist die Chance, die sich der SPD in der neuen Situation vielleicht letztmalig auftut. Diese nicht zu nutzen, wird sie bei vielen um den Rest ihrer Glaubwürdigkeit bringen, die sie gerade dann so dringend brauchen wird.

Jost Aé - 12. Februar 2004